

rung des sozialistischen Massenwettbewerbes „Durch sozialistische Rationalisierung zur Erhöhung des Nationaleinkommens — aus dem Groschen die Mark!“ ein. Wir legen großes Gewicht auf die Erkenntnis, daß die weitere ökonomische Stärkung unserer Republik gleichzeitig zur Festigung des ganzen sozialistischen

Lagers — und damit letzten Endes zur Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, beiträgt, daß die Friedenspolitik unserer Partei und Regierung, der sozialistische Aufbau in unserer Republik in zunehmendem Maße auf die Werktätigen und alle friedliebenden Kräfte im anderen deutschen Staat einwirken wird.

NEUER WEG: Auf dem 12. Plenum begrüßte Genosse Walter Ulbricht in seinem Schlußwort die Ausführungen derjenigen Diskussionsredner, die ihre Probleme im Zusammenhang mit den Beschlüssen des 11. Plenums stellten. Uns ist bekannt, daß auch die Bemühungen der Bezirksleitung Leipzig dahin gehen, den Grundorganisationen diese Zusammenhänge sichtbar zu machen.

Genosse Lauter: Ja, das stimmt! Gerade um die Kontinuität und die Wissenschaftlichkeit der Politik unserer Partei zu beweisen, hat sich die Erläuterung der Zusammenhänge mit den Beschlüssen des 11. Plenums, die Kontrolle über den Stand bei der Verwirklichung dieser Beschlüsse, als besonders geeignet erwiesen.

Zunächst möchte ich betonen, daß wir in den Anleitungen für die Kreisleitungen, die Grundorganisationen, die Propagandisten und Agitatoren die volle Übereinstimmung in der Einschätzung der Lage durch die KPdSU und das Zentralkomitee unserer Partei herausarbeiten. Wir zeigten und zeigen unseren Genossen, daß unsere Partei und Regierung angesichts der wachsenden Aggressivität des mit dem USA-Imperialismus verbundenen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland und im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa in der nationalen Politik neue Initiativen ergriffen haben. Ausdruck dafür sind die sechs Vorschläge, die Genosse Walter Ulbricht im Namen der Regierung der DDR in seiner Neujahrsansprache als Minimalforderungen für eine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten machte, der Antrag auf Aufnahme der DDR in die UNO u. a.

Um aber diese komplizierten großen Aufgaben mit Erfolg lösen zu können, ist es notwendig, sich mit allen unklaren Auffassungen, die das Eindringen der bürgerlichen Ideologie begünstigen könnten, rechtzeitig auseinanderzusetzen. Der prinzipielle Meinungsaustausch über die Verstärkung der ideologischen und theoretischen Arbeit, der — ebenso wie über die Probleme der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung — auf dem 11. Plenum des ZK erfolgte, hat uns wesentlich geholfen, die begonnenen Auseinandersetzungen an einigen Institutionen unserer Bezirkshauptstadt, besonders mit Kulturschaf-

fenden in unserem Bezirk, zu Ende zu führen. Genosse Paul Fröhlich, 1. Sekretär der Bezirksleitung Leipzig, wies bekanntlich in seinem Diskussionsbeitrag auf diesem Plenum auf unsere Erfahrungen hin, die uns gelehrt haben, daß wir unseren Werktätigen, besonders aber den Angehörigen der Intelligenz, viel stärker die grundlegenden Probleme des Aufbaus des Sozialismus, des Kampfes unserer Partei und ihre praktischen Ergebnisse vermitteln müssen. Und gerade das tun wir jetzt in Auswertung des 12. ZK-Plenums. Dabei bemühen wir uns, festzustellen, wie unsere Argumente wirken — auch klassenmäßig —, wie die Mitglieder unserer Partei auf treten und bei welchen Argumenten es besondere Schwierigkeiten gibt. Ein besonderer Punkt sind die Ergebnisse von Aussprachen mit westdeutschen Besuchern.

Wir können feststellen, daß sich im Verlaufe unserer Anstrengungen, die politisch-ideologische Arbeit zu verstärken, die Autorität der Parteiorganisation in unserem Bezirk erhöht hat und daß es Fortschritte in der politischen Beeinflussung aller Schichten der Bevölkerung gibt.

Aber es zeigt sich auch die Notwendigkeit — und das möchte ich hier besonders betonen, weil ich glaube, daß das nicht nur für Leipzig zutrifft —, immer wieder auf die nationale Mission der DDR einzugehen. Es gibt doch noch Illusionen, und die Gefährlichkeit des westdeutschen Militarismus und Imperialismus wird oft noch unterschätzt. Unsere Losung: „Nie wieder darf ein Krieg von deutschem Boden ausgehen!“ darf nicht so verstanden werden, als ob die DDR auch für Westdeutschland die Garantie dafür übernehmen könne. Diese Garantie müssen allein die westdeutschen Bürger schaffen, vor allem die Arbeiterklasse in Westdeutschland. Der Meinungsaustausch der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften, der zwei